

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

34. Jahrgang / 240

14. Dezember 1979

Rudi Arndt MdEP, stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, erläutert, warum es zur Ablehnung des EG-Haushaltes kam: Der Rat muß Konsequenzen ziehen. Seite 1/2

Rudi Walther MdB weist auf die Notwendigkeit eines langen Atems in der Umweltpolitik hin: Nachbesserung und Detailarbeit. Seite 3-5

Friedrich Gerstl MdB fordert nach der Verabschiedung des Verteidigungshaushaltes: Verbesserungen wirksam machen! Seite 6-9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Der Rat muß Konsequenzen ziehen

Europa-Parlament bestand erste Bewährungsprobe

Von Rudi Arndt MdEP
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion und Mitglied des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments

Die Zurückweisung des Haushaltsplanes der Europäischen Gemeinschaft durch das Europa-Parlament ist ein ganz wichtiger Schritt in der europäischen Entwicklung. Das Parlament hat dadurch gezeigt, daß es nicht nur der verlängerte Arm der jeweiligen nationalen Regierung ist. Nachdem der Ministerrat als die Vertretung der neuen nationalen Regierungen erklärt hatte, die Vorschläge des Parlaments seien zwar Schritte in die auch von ihm angestrebte Richtung, sie aber trotzdem ablehnte, war eine Zustimmung zum Haushalt unzumutbar.

Die sozialistische Fraktion hat in den Haushaltsberatungen in den eigenen Reihen wichtige Schritte auf ein eigenes Selbstverständnis und auf mehr Geschlossenheit hin gemacht. Entsprechend des Wählerauftrages hatte die sozialistische Fraktion vornehmlich Anträge zur Beschäftigungspolitik, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zum sozialen Ausgleich, zur Energiepolitik, zur Entwicklungshilfe, zum Umweltschutz und zur Beseitigung der Subventionen für nahrungsbedingte Überschüsse gestellt. Im Parlament war die Fraktion mit diesen Anträgen außerordentlich erfolgreich. Von mehr als 100 angenommenen Anträgen sind nur zwei gegen die Stimmen der sozialistischen Fraktion zustande gekommen. Der vom Parlament erarbeitete Haushaltsentwurf zeigt deshalb deutlich die Handschrift der sozialistischen Fraktion. Es muß allerdings, um der Wahrheit willen darauf hingewiesen werden, daß in weiten Bereichen die Europäische Volkspartei durch Gruppen ihrer Abgeordneten oder geschlossen mit zu der Annahme dieser Anträge beigetragen hat.

Die Antwort des Ministerrates auf diese Anträge war bestürzend. Sie wurden faktisch alle abgelehnt. Das Hauptargument



dabei war, daß der Rat erst beschließen müsse, was zu geschehen habe und erst die Verordnungen von ihm erlassen werden müssen, bevor das Parlament dazu die Mittel bewilligen dürfe.

Als in der entscheidenden Lesung des Haushaltsplanes deutlich wurde, daß das Parlament im Verfolg seines Wählerauftrages sich über den Ministerrat hinwegsetzen würde, machte dieser Vermittlungsvorschläge. Diese Vorschläge waren jedoch nicht ausreichend und kamen zu zögernd und konnten die Arroganz nicht verdecken, mit der der Rat das Parlament behandelte. So bot der Rat dem Parlament folgendes an:

- Anstelle eines vom Parlament für Beschäftigungspolitik, regionale Strukturpolitik, Sozialpolitik, Energiepolitik, Entwicklungshilfe und Umweltschutz geforderten zusätzlichen Betrages von 2,65 Milliarden DM wurden 0,5 Milliarden DM angeboten.
- Die Reform der Agrarpolitik würde durch einen Nachtragshaushalt eingeleitet, bei dem man sich nicht festlegen könne, wann er eingebracht würde und wie er aussehen könnte.
- Die Forderung des Parlaments, über den Entwicklungsfond und die aus Darlehen zu finanzierende Regionalpolitik selbst entscheiden zu können, wolle man wohlwollend prüfen.

In allen Fraktionen gab es schwierige Debatten, weil vor allem die Abgeordneten, die die Interessen der Landwirtschaft vertraten, nicht mit einer Ablehnung des Haushalts einverstanden waren. Es zeigt sich auch, daß zum Beispiel französische und dänische Mitglieder Bedenken gegen eine zu starke Stellung des Europaparlaments hatten. Aber es setzte sich in den großen Fraktionen letztlich durch, daß man von der einmal eingeschlagenen Politik nicht zurück könne. Auch in der sozialistischen Fraktion gab es hitzige Debatten vor allem mit den französischen Mitgliedern, die sich allerdings dann auch mit großer Mehrheit für die Fraktionsmeinung aussprachen.

So konnte ich anschließend im Parlament in der Erklärung der sozialistischen Fraktion darauf hinweisen, daß fast alle unsere Mitglieder einheitlich für die Rückverweisung des Haushalts stimmen würden.

Das Abstimmungsergebnis ist außerordentlich interessant. Es zeigt, daß die sozialistische Fraktion eine große Geschlossenheit bewies. Nur vier französische Mitglieder (Gesamtstärke 113) stimmten mit Nein. Von der Europäischen Volkspartei waren es sechs, die mit Nein stimmten. Die Kommunisten und die Liberalen fielen total auseinander. Bei den Kommunisten stimmten 21 (Italiener) für die Zurückweisung, 13 (Franzosen) für den vorgelegten Haushalt und etwa die gleiche Zahl blieben der Abstimmung fern. Die Liberalen spalteten sich in 15 zu 15.

Diese Zurückverweisung des Haushaltsplanes ist keine Krise der Europäischen Gemeinschaft. Das Parlament hat dem Rat die Chance geöffnet, einen neuen Haushalt vorzulegen, der die vom Bürger verlangte Politik enthält. Es kommt auf den Rat, es kommt auf die nationalen Regierungen an, ob sie nun bereit sind, die Konsequenzen aus dem durch das Parlament zum Ausdruck gebrachten Willen der europäischen Wähler zu ziehen.

(-/14.12.1979/hi/ca)

+ + +



Nachbesserung und Detailarbeit

Die Umweltpolitik braucht einen langen Atem

Von Rudi Walther MdB

Berichtersteller des Haushaltsausschusses für das Bundesinnenministerium

Nach dem Urteil des Sachverständigenrates für Umweltfragen kämpft der Umweltschutz in den letzten Jahren Abwehrschlachten. Die Zeit der großen Durchbrüche und Gesetzgebungswerke ist zunächst vorbei. Ein breites Fundament der Umweltgesetzgebung ist geschaffen. Nur noch wenige Lücken sind auszufüllen, unter anderem im Bereich der Umweltochemikalien, Schutz gegen Verkehrslärm, Vorkehrungen gegen Störfälle in der chemischen und mineralölverarbeitenden Industrie. Alle diese Vorhaben sind bereits in der parlamentarischen Beratung oder werden in Kürze im Parlament behandelt werden. Den Bundestag beschäftigt auch die Novellierung zum Bundesimmissionsschutzgesetz und der TA Luft, die vor allem von bestimmten Industriekreisen gewünscht wurde und im Augenblick zu einem fast unlösbaren Patt zwischen Bund- und Ländermeinung geführt hat. Der Alltag des Umweltschutzes ist Nachbesserung und Detailarbeit. Große Gedankenkonzepte und moralische Appelle sind trotzdem nach wie vor gefragt.

Obwohl unbestreitbar die Umweltpolitik der Bundesregierung beachtliche Erfolge erzielt hat, ist die Belastung der Umwelt nach wie vor bedrohlich. Unter den Schadstoffen, die unsere Gewässer verschmutzen, nimmt der Anteil der schwer abbaubaren organischen Substanzen weiter zu. Das Ziel des Umweltprogrammes 1971, für alle Gewässer die Güteklasse II zu erreichen, ist immer noch eine Zukunftshoffnung. Unsere Gewässer werden auch in steigendem Maße mit Nitraten aus dem landwirtschaftlichen und häuslichen Bereich belastet. Auch besteht noch immer eine viel zu starke Phosphat-Belastung. Hier wird hoffentlich die vom Bundesinnenministerium vorbereitete Phosphathöchstmengenverordnung helfen, die ebenso notwendig ist, wie die dritte (chemische) Fällungsstufe im Kläranlagenbau. Leider ist eine freiwillige Vereinbarung über eine Verwendung von Ersatzstoffen ohne Umweltschädlichkeit mit der betroffenen Waschmittelindustrie nicht zustande gekommen. Auch dies zeigt die Schwierigkeiten, vor denen der Umweltschutz heute steht. Nur mühsam ist die Industrie zu bewegen, den Forderungen des Umweltprogramms '71 zu folgen, den Stand der Umweltschutztechnik ständig zu verbessern und Unternehmensentscheidungen auch unter langfristigen ökologischen Gesichtspunkten zu treffen.

Auch hinsichtlich der Situation bei der Luftreinhaltung besteht noch Anlaß zur Sorge. Drastisch zurückgegangen sind zwar die Staub- und Blei-Emissionen; dagegen bleibt die Gesamtmission von Schwefeldioxyd seit langem konstant. Die Stickoxydemissionen steigen an. Auch organische Verbindungen werden vermehrt gemessen. Für die Zukunft kann ein weiterer Rückgang nur erreicht werden, wenn es bei der weiteren Durchsetzung des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der Werte der TA Luft ohne Abstriche bleibt, das heißt überall auch Umweltvorsorge nach Maß des technische Möglichen getroffen wird.

Dieser Vorsorgegrundsatz ist das Kernstück der Umweltpolitik dieser Bundesregierung. Leider ist dies im Gestrüpp der Arbeit im Gesetzesvollzug oft verlorengegangen. Die Kritik der Grünen richtet sich vor allem gegen das Fehlen der Dimension Zukunft in der jetzigen Umweltpolitik. Alternative und umweltfreundliche Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik werden nicht ernsthaft diskutiert.

Energiesparmaßnahmen oder Recycling-Maßnahmen laufen zu langsam an und finden starke Widerstände bei Interessenverbänden. Zu begrüßen ist deshalb der Entschluß der Bundesregierung, ein ökologisches Aktionsprogramm zu erarbeiten, das den Gedanken der Umweltvorsorge noch einmal in Demonstrationsprojekten und Beispielen für eine gründlichere Prüfung auf Umweltverträglichkeit von Planungsentscheidungen belegt.



Der rote Faden der Umweltpolitik darf im Frontgeschäft der Tagesarbeit der Umweltbehörden nicht verlorengehen. Schonende Behandlung von natürlichen Hilfsquellen und Grundstoffen, etwa von Gefahrenquellen für menschliche Gesundheit und Ökosysteme verlangen eine ganz andere Einstellung zur technischen und bürokratischen Machbarkeit. Die Technologiefolgenforschung und interessenunabhängige Technologiefolgenbewertung muß zu einer Selbstverständlichkeit auch für den Bundestag und für Bundes- und Landesregierungen werden - von der Bewertung der Folgen moderner Informationstechnologien für den Arbeitsmarkt bis zu Einflüssen bestimmter energiepolitischer Optionen auf das Weltklima. Die Umweltfolgen des vermehrten Baues von Kohlekraftwerken sind bisher kaum untersucht worden. Mit Recht fordert gerade die junge Generation eine ehrliche Diskussion aller Risiken, behaupteten Sachzwänge und menschlichen Negativerscheinungen unserer Industriekultur. Anhand des Umweltthemas wird auch in Zukunft diese Technologiefolgendiskussion weiter geführt werden müssen. Dabei darf diese Diskussion von dem Kernkraftthema nicht völlig erschlagen werden. Viele andere, noch schwerwiegendere Risiken, wie zum Beispiel das Seveso-Risiko der Chemischen Industrie, das Gesundheitsrisiko Verkehrslärm oder das Risiko Kohlendioxyd und Fluorkohlenwasserstoffe für das Weltklima erfordern gründliches Nachdenken. Vor allem die Störfall-Verordnung wird dringend gebracht und sollte endlich vom Innenminister vorgelegt werden.

Die Industrie hat hoffentlich aus der Diskussion um das Chemikaliengesetz gelernt, daß zu ängstliches Filibustern nicht nur Ansehen und Glaubwürdigkeit von Aussagen der Wirtschaft schadet, sondern im Regelfall zu weiteren bürokratischen Auflagenverschärfungen führen kann.

Kein anderes Feld der Politik braucht eine so präzise wissenschaftliche fachliche Zuarbeit wie der Umweltschutz. Niemand bestreitet mehr, daß die Entscheidung 1974, das Umweltbundesamt zu errichten, richtig war. Für die gesamte an Umweltfragen interessierte Öffentlichkeit von der Wissenschaft bis zu den Tausenden von Bürgerinitiativen in unserem Land ist das Umweltbundesamt längst verlässlicher Informant und Berater geworden. Zu wünschen wäre, daß Zersplitterung in den Aktivitäten vermieden und in Arbeitsprogramme und betreuter Forschung noch deutlicher wird als bisher, daß Voraussetzung aller Umweltinitiativen ein ungeschminktes Bild der Wirk-



lichkeit ist. Dazu gehört auch ehrliche Analyse vorhandener Schwierigkeiten und Widerstände, ferner eine Darstellung möglicher ökonomischer Durchsetzungsstrategien. Vor allem die umweltökonomische Gruppe im Umweltbundesamt sollte daher in Zusammenarbeit mit den großen Wirtschaftsforschungsinstituten Grundlagen für eine ökologische Orientierung der Wirtschaftspolitik geben.

Die Politik der vielen kleinen Schritte im Umweltschutz braucht einen langfristigen wirtschaftspolitischen Rahmen. Zusammen mit anderen Bundesanstalten sollte das Umweltbundesamt den in den letzten Jahren aufgebauten Sachverstand auf dem Gebiet der Umweltchemikalien weiter ausbauen und für ein zügiges Ausfüllen der Ermächtigung für Rechts-Verordnungen, vorallem für Durchführung der Grundprüfung und Prüfung von Altstoffen sorgen. Gerade Umweltschutz ist auf Kontinuität angewiesen. Zu große Erwartungen an radikale Änderungen der Umweltsituation sind ebenso gefährlich wie Resignation und Stillstand. Die Bundesregierung sollte sich nicht beirren lassen, in ihrer Politik der schrittweisen Verbesserung. Ohne breiten demokratischen Konsens lassen sich Änderungen in jahrzehntealten Gewohnheiten, etwa bei Benutzung des Autos oder bei der Nachfrage nach Energiedienstleistungen, nicht ändern. Zielkonflikte werden zunehmen, auch der Wunsch nach Ausnahmen etwa für bestimmte Branchen bei Zahlungen der Abwasserabgabe oder bei Durchführung des Verkehrslärmsanierungsprogramms. Viele Hinweise auf vom Umweltschutz ausgelöste Investitionsstauung oder zu große Kostenbelastungen waren falsch oder übertrieben. Auch was die Folgen des Umweltschutzes anbelangt sollte ehrlicher diskutiert werden.

Noch immer ist es bisher gelungen, durch flankierende Programme, sei es das Programm Zukunftsinvestitionen, ERP-Mittel oder das Rhein-Bodensee-Programm, Härten aufzufangen und der Wirtschaft Umstellungen zu erleichtern. 1980 stehen zum Beispiel im Bundeshaushalt einschließlich ERP-Wirtschaftsplan rund 1,8 Milliarden DM für solche Zwecke zur Verfügung. Die Umweltpolitik sollte deshalb mit gleicher Konsequenz planvoll fortgesetzt werden. (-/14.12.1979/vo-he/ca)



Verbesserungen wirksam machen!

Zur Verabschiedung des Verteidigungshaushaltes

Von Friedrich Gerstl MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Mit der Verabschiedung des Verteidigungshaushaltes durch das Parlament ist die finanzielle Grundlage geschaffen worden, daß eine Reihe von Anliegen unserer Soldaten verwirklicht werden können. Die Regierung und die Ressortminister sind jetzt aufgerufen, die gesetzlichen, verordnungs- und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese im Haushalt verankerten Verbesserungen möglichst bald wirksam werden.

176 neue Stellen für Soldaten wurden eingebracht:

- 488 der Besoldungsgruppe (BesGr) A 6 m.A. bis A 16 für die neue Heeresstruktur und damit zur Aufstellung weiterer drei zusätzlicher Panzerbrigaden
- 127 in der BesGr A bis B 6 für den integrierten Bereich der NATO
- 24 in der BesGr A 7 bis A 16 für den Deutschen Militärischen Anteil AWACS
- 22 in der BesGr A 7 bis A 14 für den MAD
- 3 in der BesGr A 11 bis A 15 für die Schule für Innere Führung.

1.170 Stellen der BesGr A 8 wurden nach A 9 angehoben. 1981 folgt noch etwa die gleiche Zahl von Hebungen, damit der A 9-Stellenanteil auf 25 Prozent der Hauptfeldweibel wesentlich verbessert werden kann. Das Ziel 30 Prozent zu erreichen, wird dabei nicht aus dem Auge verloren.

Der Haushalt 1980 enthält 233 Hebungen von Beamten-Planstellen im zivilen Bereich:

- 8 in der BesGr A 15 nach A 16 für Referenten im Bundesverteidigungsministerium
- 53 in der BesGr A 2/3 nach BesGr A 4 und von BesGr A 6 nach BesGr A 9 zur Bewertungsangleichung an andere Ressorts
- 10 in der BesGr A 14 nach BesGr A 15 für Leiter von Kreiswehresatzämtern
- 25 in der BesGr A 10 nach BesGr A 11 für hauptamtliche Ausbildungsbeauftragte bei der Standortverwaltung.
- 103 in der BesGr A 6 nach BesGr A 7, BesGr A 7 nach BesGr A 8, Vergütungsgruppe (VergGr) IV b BAT nach VergGr IV a BAT bei den Teilszeitkräften
- 3 in der BesGr A 8 nach BesGr A 9 m und von BesGr A 12 nach BesGr A 13 g in der Militärseelsorge beziehungsweise beim Bundeswehredisziplinaranwalt
- 21 in der BesGr A 3/4 nach BesGr A 5 für Panzerfahrer im Erprobungsdienst des BwB.

Der zivile Bereich, der mit Recht ebenfalls Wünsche hat und einen wichtigen Beitrag zur Verteidigung unseres Landes leistet, erfährt 234 Verbesserungen:

- 10 Planstellen BesGr A 13 g bis B 2 beziehungsweise C 2 für die Fachhochschule des Bundes
- 4 Planstellen BesGr A 14 bis A 16 für die Schule für Innere Führung
- 12 Planstellen BesGr A 13 g bis A 14 für die Bundeswehrfachschulen
- 15 Planstellen/Stellen BesGr A 7 bis A 11 und VergGr VII BAT für den MAD
- 93 Planstellen/Stellen BesGr A 6 bis A 13 g, VergGr VI b bis V c BAT und VergGr A I bis VIII für Bundeswehrkrankenhäuser



- 19 Planstellen BesGr A 11 für die Sozialberatung bei den Standortverwaltungen
- 9 Planstellen BesGr A 8 bis A 15 für die elektronische Kampfführung/Aufklärung
- 7 Planstellen BesGr A 8 für Fernmeldewesen
- 3 Planstellen BesGr C 2 bis C 3 für die Hochschulen der Bundeswehr
- 17 Stellen VergGr VII bis I BAT, MTB und Vergütung nach Sätzen des Forschungsinstituts St. Louis für Zuwendungsempfänger
- 45 Planstellen/Stellen BesGr A 5 bis A 15, VergGr V c bis I a BAT für die Neuordnung des Materialprüfwesens der Bundeswehr durch Umschichtung von Haushaltsmitteln.

Eine auf unseren Antrag eingesetzte interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Vorsitz Helmut Möhrings und von Mitgliedern des Verteidigungsausschusses hat unter tatkräftiger Mitarbeit unserer sozialdemokratischen Kollegen Vorschläge für Verbesserungen im Zulagewesen der Bundeswehr erarbeitet. Ein wesentlicher Teil hat Eingang in die Regierungsvorlage zum Haushalt gefunden. Es ist aber gelungen, in Zusammenarbeit mit dem Haushaltsausschuß auf parlamentarischer Ebene weitere Verbesserungen haushaltsmäßig abzusichern.

Es sind zu nennen:
Dienstzeitausgleich

- Vergütung von 90 DM monatlich für Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit ab dem siebten Dienstmonat in Einheiten, die im Jahresdurchschnitt mehr als 56 Stunden wöchentlich Dienst leisten;
- Erhöhung des Wehresoldes für Wehrpflichtige in vorstehenden Einheiten ab dem siebten Dienstmonat um 1,80 DM täglich (54 DM monatlich).

Einführung von Erschwerniszulagen für Marinepersonal ab dem 16. Dienstmonat

- für U-Boot-Besatzungen in Höhe von 240 DM;
- für Waffentaucher in Höhe von 180 DM;
- für sonstiges Bordpersonal in Höhe von 120 DM.

Einbeziehung der feldjäger in die Polizeizulage (im zweiten Dienstjahr 60 DM, ab drittem Jahr 120 DM bei Wegfall der Außendienstzulage).

Erhöhung der Stellenzulagen für fliegendes Personal

- für Strahlflugzeugführer (ausgenommen das Personal, dessen Zulage ab 1. Januar 1978 erhöht worden ist), Propellerflugzeugführer, Hubschrauberführer und Luftfahrzeugoperationsoffiziere von 250 DM beziehungsweise 200 DM auf monatlich 360 DM;
- für sonstige ständige Luftfahrzeugbesatzungsangehörige von 125 DM auf monatlich 288 DM.

Erhöhung der Kompaniefeldwebel-Zulage von 50 DM auf 80 DM und Ausdehnung auf die BesGr A9.

Einführung einer Stellenzulage von 120 DM für die Prüfer von Luftfahrtgerät.

Umwandlung der Eloka-Zulage in eine Stellenzulage für das gesamte in der Nachrichtengewinnung eingesetzte Personal mit folgenden Sätzen:

BesGr A 1 bis A 5: 110 DM;
BesGr A 6 bis A 9: 145 DM;
BesGr A 10 bis A 13: 185 DM;
BesGr A 14 und höher: 220 DM.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Im Haushalt 1980 ist im Einzelplan 14 ein starker Einstieg in die Lösung der sozialen Probleme gelungen. Wir Sozialdemokraten arbeiten mit



Nachdruck an der weiteren Verbesserung für die nächsten Jahre.

Die vor uns liegenden noch nicht befriedigend gelösten Probleme sind der Beförderungs- und Verwendungsstau. Die unorganische Altersstruktur der Berufssoldaten, bedingt durch die sehr schwierigen Anwerbungen von geeigneten Personen beim Aufbau der Bundeswehr, bringt schwerwiegende Probleme. Ab 1982 wird der Verwendungsstau aufgrund des empfindlichen Rückgangs an Zuruhesetzungen voll einsetzen. Seit geraumer Zeit beschäftigt dieses Problem das Bundesverteidigungsministerium (BMVg). Die Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion hat in einer Klausurtagung eingehend über dieses Problem beraten.

Bei den Verwendungsreihen, insbesondere beim Offizier im militärisch fachlichen Dienst und bei den Unteroffizieren gibt es zusätzliche Probleme, weil die Beförderungsstellen sehr unterschiedlich zuteilmäßig verteilt sind. Hier sind zusätzliche Lösungsansätze erforderlich.

Unter den diskutierten Lösungsvorschlägen, die sowohl die Herabsetzung der besonderen Altersgrenze um ein Jahr auf den Stand vor dem Haushaltsstrukturgesetz als auch eine vorzeitige Zuruhesetzung eines Teils der Überbesetzten Geburtsjahrgänge auf freiwilliger Basis zum Inhalt hatten, gewinnt immer mehr der Vorschlag Gewicht, 2.500 zusätzliche Anschlußverwendungen für eine begrenzte Zeit ab 1982 zu schaffen.

Wenn auch die errechneten Kosten von vier bis 155 Millionen DM jährlich erheblich sind, so ist die Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte durch den Einsatz junger militärischer Führer diesen Preis wert. Die Möglichkeit strukturgerechter Nachwuchseinstellung und Entlastung des inneren Gefüges ist ein weiterer Vorteil. Damit verhindern wir auch, daß die gleiche Problematik später wieder auftritt. Wir haben den Verteidigungsminister eindringlich gebeten, sehr frühzeitig im neuen Jahr die entsprechenden Vorschläge in die Ausschußberatung einzuführen, damit die notwendigen Ressortabstimmungen und Haushaltsfragen rechtzeitig gelöst werden können und die Betroffenen wissen, was sie erwarten dürfen.

In der schon erwähnten Klausurtagung unserer Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Fraktion nahm einen breiten Raum auch die Beratung über die Wohnungsfürsorge ein. Soldaten haben wegen der Eigenart ihres Berufes die besondere Situation, daß sie häufig versetzt werden. Zwölf Versetzungen und mehr sind keine Seltenheit. Die Sorgen im Wohnungsbereich beginnen bei den ledigen kasernenpflichtigen Soldaten in der steuerlichen Anrechnung von Wohnräumen und der Kürzung ihres Ortszuschlages auf 78 Prozent. Vier Bundesländer haben diese Kürzungen in ihren Bereichen bereits ganz aufgehoben. Alle anderen Länder haben günstigere Regelungen. Sie enden bei der Bereitstellung von familiengerechten, preisgünstigen und in der Ausstattung heutigen Anforderungen entsprechenden Wohnungen an allen Standorten. Der freie Markt ist oft ergiebiger als der staatlich geförderte Wohnungsbau, bedingt aber nicht selten weit abgesetzte Wohnlagen mit allen negativen dienstlichen Problemen und den Wegekosten. Wenn insbesondere die Familien schon die Nachteile für die Kinder in der Ausbildung und die eventuelle Aufgabe eines guten Arbeitsplatzes der Ehefrau zu tragen haben, so sollte wenigstens in der Wohnungsbeschaffung eine akzeptable Lösung gefunden werden. Das Umzugskostenrecht ist in diesem Bereich ebenfalls von erheblicher Bedeutung. Der Kürze halber sei nur angedeutet, daß der Umzug bei Beendigung des Dienstes und die Fristen für die Zahlung des Trennungsgeldes schwere Probleme darstellen. Hier werden wir vom Parlament und den Ländervertretungen Sonderregelungen verlangen müssen.

Die Umwandlungen von Miethäusern in Kaufeigenheime, die Mietanhebungen von übergroßen ehemaligen Wohnungen für die Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte und der Wegfall von Vergünstigungen werden uns noch eine geraume Zeit beschäftigen.



In der Vorlage der SPD-Haushaltsgruppe finden sich dankenswerterweise weitere Merkposten für die Haushalte ab 1981, die wir als Arbeitsgruppe Sicherheit und das Ministerium eingebracht haben:

- Weitere Realisierung der Wehrstruktur mit etwa 2.500 Stellen für das Heer und 460 Stellen für die neuen Sanitätszentren und Facharztgruppen. Die Realisierung wird sich über mehrere Jahre verteilen.
- Volle Auffüllung des Anteils der Hauptfeldwebel in A 9 durch weitere 1.170 Hebungen im Jahr 1981.
- Einbeziehung der Soldaten in das geplante Spitzenamt des mittleren Dienstes (A 9 mit Amtszulage). Der Entwurf eines Strukturgesetzes sieht vor, bis zu 30 Prozent der Stellen in der BesGr A 9 mit einer Amtszulage von 234 DM auszustatten, sofern es sich um herausgehobene Funktionen handelt. Soldaten (Hauptfeldwebel) sind in diese Regelung einbezogen.
- Weitere Verbesserungen der Zulagen. Insbesondere ist die Einbeziehung des Wachdienstes in die Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten geplant.
- Erhöhung des Wehrsoldes ab 1981. Der Wehrsold wurde zuletzt am 1. Januar 1978 erhöht (plus eine DM täglich bei allen Wehrsoldgruppen). Entsprechend der langjährigen Praxis, den Wehrsold jeweils nach drei Jahren der allgemeinen Preis- und Einkommensentwicklung anzupassen, wird zur Zeit eine Erhöhung des Wehrsoldes zum 1. Januar 1981 bei gleichzeitiger Anpassung des Weihnachts- und des Entlassungsgeldes untersucht.
- Die Vorschläge der Koordinierungsgruppe Sozialmaßnahmen der Bundeswehr sollen schrittweise realisiert werden. Für 1981 ist eine Verbesserung der Soldatenversorgung für Berufs- und Zeitsoldaten sowie eine bessere Regelung für die Zahlung von Trennungsgeld und Umzugskosten bei der Versetzung von Soldaten geplant.

(-/14.12.1979/hi/ca)

